des Berufslebens qualifizieren können und irgendwann möglichst sanft in die Rente gleiten. All das allerdings hat die Große Koalition bislang nicht angepackt.

Die Gewerkschaften waren da etwas schneller. Bereits 2008 schloss etwa die IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) den ersten Flächentarifvertrag zum Thema „Lebensarbeitszeit und Demografie“ ab. Sogenannte Langzeitkonten und Zuschüsse zur Altersvorsorge sollen dafür sorgen, dass die Beschäftigten in jüngeren Jahren mehr Zeit für die Familie haben und im Alter flexibel in den Ruhestand wechseln können. Dafür zahlen die Arbeitgeber jährlich 300 Euro pro Beschäftigten in einen Demografie-Fonds ein.

Doch nun fragen sich führende IG-BCE-Funktionäre, wie es mit dem Tarifvertrag weitergehen soll, der ab 2015 neu verhandelt werden muss. Welchen Sinn hat es noch, Beschäftigte länger im Betrieb halten zu wollen, wenn die Politik zugleich Möglichkeiten schafft, auf Kosten der Allgemeinheit in Rente zu gehen?

Auch die IG Metall hält eine neue Vorruhestandswelle für möglich. Doch sei daran nicht das Gesetz, sondern ein „Missbrauch durch die Unternehmen“ schuld, sagt Gewerkschaftschef Detlef Wetzel. „Darum muss geregelt werden, dass sie alle anfallenden Kosten zu tragen haben.“ Die Klagen ihrer Verbandsvertreter seien „Heuchelei“.

Dabei ist die Empörung in der Wirtschaft groß – und sie ist längst nach Berlin geschwappt. Carsten Linnemann, der Chef der Unions-Mittelstandsvereinigung, stapelt die Protestbriefe empörter Chefs inzwischen auf seinem Schreibtisch. Er sei „schockiert von der abschlagsfreien Rente mit 63“, schreibt etwa Martin Steger, Chef eines Industrieelektronik-Unternehmens im Märkischen Kreis. Daher bitte er eindringlich darum, die „unsinnige Regelung“ zu verhindern.

Mit 35 Mitarbeitern stellt Stegers Firma ies Computer für Ticketautomaten und Medizingeräte her. Vier Fachkräfte überwachen die Endgeräte – eine Aufgabe, für die man erfahrene Leute braucht. Gleich zwei dieser Mitarbeiter zieht es nun in die Rente mit 63. Der Arbeitsmarkt gebe Ersatz aber nicht her, klagt Steger. Er sieht „die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Firma“ in Gefahr.

Sein Schreiben hat er in Kopie gleich an mehrere Abgeordnete geschickt. Und die Klage findet Gehör. Rund 50 Unionsabgeordnete, heißt es im Parlamentskreis Mittelstand, würden die Rente mit 63 ablehnen, könnten sie im Bundestag getrennt über sie abstimmen.

Die Zahl zeigt, wie groß der Unmut ist – aber auch wie begrenzt seine Wirkung. Im Bundestag verfügen Union und SPD über 377 Sitze mehr als die Opposition.

Markus Dettmer, Michael Sauga, Cornelia Schmergal, Janko Tietz

KARRIEREN

Raus aus dem Schatten

Peter Altmaier will als Kanzleramtschef auch eine öffentliche Figur sein. Hinter dem riskanten Plan steckt Angela Merkel.

Ein altes Mercedes-Cabrio mit eleganten Kurven steht in der Nähe des Buffets, daneben ein blank polierter Goliath-Oldtimer. Der Verband der Automobilindustrie hat zum Neujahrsempfang geladen. Peter Altmaier pflügt sich durch die Autofachleute und Lobbyisten wie ein Tanker, den nichts aufhalten kann. Mercedes-Chef Dieter Zetsche schüttelt ihm die Hand, und auch Unternehmenspatriarchin Maria-Elisabeth Schaeffler freut sich über den prominenten Festredner.

Altmaier schmeichelt den Wirtschaftsleuten – und er nutzt die Gelegenheit, um sich selbst noch ein bisschen größer zu machen. „Die vielen Ressortminister würden alles dafür geben, an diesem Pult vor dem VDA zu reden“, sagt er. „Aber nein, für die Automobilindustrie muss es ja der Kanzleramtsminister sein.“

Auftritte wie dieser Ende Januar in Berlin sind keine Selbstverständlichkeit. Eigentlich hat der Chef des Bundeskanzleramts im Rampenlicht nichts zu suchen. Sicher, der Job verleiht Macht. Der „Chef BK“, wie er im Hause heißt, hat sein Büro nur eine Flurlänge von Angela Merkel entfernt, Gesetzesvorhaben gehen auch über seinen Tisch, er managt die Regierungsgeschäfte. Trotzdem war das Amt bislang eher etwas für dienende Naturen: Als größter Erfolg des Chef BK gilt, wenn sein Wirken geräuschlos funktioniert und er gar nicht bemerkt wird.

„Der Inhaber erblickt die Sonne nicht“, flachste Altmaier bei den Autoleuten. „Je weniger ich in eigener Sache sprach, desto mehr Einfluss hatte ich“, erinnerte sich Helmut Kohls Kanzleramtschef Friedrich Bohl einmal.

Altmaiers Vorgänger, Ronald Pofalla und Thomas de Maizière, hielten sich daran. Unbedingte Loyalität zur Kanzlerin war ihre Geschäftsgrundlage – weitgehende Abstinenz von öffentlichen Auftritten der Preis. Ihre Chefin Merkel schätzte beide wegen ihrer Verschwiegenheit und Arbeitswut. Allerdings drängten Pofalla und de Maizière nach vier Jahren wieder ins Licht, raus aus dem Kanzleramt.

Peter Altmaier dagegen hat das Amt schon nach wenigen Wochen verändert. Vorsichtig, aber beharrlich versucht er, aus dem Kanzleramtsminister eine öffentliche Figur zu machen. Bei den Automobil-Lobbyisten mischt er sich genauso unter die Leute wie bei Neujahrsempfängen von einigen tausend Mittelständlern. Beim politischen Aschermittwoch in seiner saarländischen Heimat ist er kommende Woche einer der Hauptredner. Und wenn die Minister der Großen Koalition in Meseberg in Klausur gehen, steht er wie der Hausherr am Eingang des Brandenburger Barockschlosses und empfängt seine Kollegen mit Handschlag. Zuvor hat er im Radio über den Termin geplaudert. Erstes Fazit: Altmaier testet gerade, wie viel Öffentlichkeit sein Amt verträgt.

„Ach, wissen Sie, mein Lieber“, sagt er und lässt sich zum Gespräch auf den Rücksitz seiner gepanzerten Dienstlimousine sinken. Eben war er auf der Grünen Woche, hat Schinkenhäppchen genascht und mit einem Milchshake in der Hand für die Fotografen geprostet, jetzt geht es zurück ins Büro. Er sei nun mal eine

Altmaier-Tweets
Die CDU das Twittern gelehrt

DANIEL NAUPOLD / PICTURE ALLIANCE / DPA

Kanzleramtschef Altmaier bei der Kabinettsklausur in Meseberg: *„Der Inhaber erblickt die Sonne nicht“*

öffentliche Person gewesen, bevor er ins Kanzleramt einzog, sagt Altmaier. Als Umweltminister war er 16 Monate lang durchs Land getingelt, redete sich den Mund fusselig. Selbst Kernkraftwerksbetreibern versuchte er die Energiewende schmackhaft zu machen. Seine „follower“-Gemeinde auf Twitter wuchs bis heute auf über 55 000. „Altmaier hat Freude an der Politik als Kommunikation mit der Öffentlichkeit“, sagt sein Freund, Bundestagsvizepräsident Peter Hintze.

Im Wahlkampf trat Altmaier öfter auf als jeder andere CDU-Politiker, vielleicht mit der Ausnahme Ursula von der Leyens. Selbst wenn er wollte, könnte er nicht ins Heer der namenlosen Zuarbeiter der Kanzlerin zurücktreten. Und vor allem: Die CDU hat derzeit nicht übermäßig viel Spitzenpersonal, das die Säle füllt.

Deshalb täte man Altmaier Unrecht, würde man sein Streben nach Sichtbarkeit allein auf Eitelkeit zurückführen. Dahinter steckt vielmehr politisches Kalkül – und die Kanzlerin, die nebenbei ja auch CDU-Vorsitzende ist.

In Merkels Partei wuchs nach der Regierungsbildung spürbar die Sorge, wichtige Wählergruppen nicht mehr richtig ansprechen zu können. In der Regierung stellt die SPD die Minister für Arbeit und Soziales, Wirtschaft und Energie, die Union hat also genau dort kein Gesicht mehr, wo die meisten Wähler noch immer einen Kompetenzvorsprung von CDU und CSU vermuten – in der Wirtschaftspolitik. Gerade Wirtschaftsverbände und Unternehmer suchen oft vergebens nach Ansprechpartnern mit CDU-Kennung.

Altmaier hat sich vorgenommen, diese Lücke wenigstens zum Teil zu schließen. So hat er das mit Merkel abgemacht.

An einem Dienstag Mitte Februar ist er Gastredner beim Bundesverband mittelständische Wirtschaft in Berlin. Ein Hotelsaal, viel Prunk, turmhohe Blumengestecke auf der Bühne, dazwischen, ebenfalls wuchtig, Altmaier. „Als Kanzleramtsminister bin ich ja nicht der wichtigste Minister in der Regierung“, sagt er, „aber der gewichtigste auf jeden Fall. Auch wenn ich zugeben muss: Sigmar Gabriel ist mir dicht auf den Fersen.“

Der Spruch kommt bei den rund 3000 Firmenlenkern in dunklem Anzug gut an – auch weil er mehr ist als bloß ein Scherz. Viele in der Union nervt, dass SPD-Mann Gabriel die Debatten über die Energiewende bestimmt, selbst bislang hofierte Fachpolitiker erfahren von den neuesten Details der EEG-Reform oft erst aus der Zeitung. Doch wenn man Altmaier zuhört, dann erscheint Gabriels Rolle beim wichtigsten Projekt der Regierung plötzlich gar nicht mehr so dominant. In Altmaiers Erzählung von der Energiewende taucht der Vizekanzler bestenfalls als leitender Angestellter seiner Kanzlerin auf. „Wir dürfen die Energiewende nicht als parteipolitisches Thema einführen“, sagt Altmaier. In Brüssel werde der „Bundeswirtschaftsminister gemeinsam mit Günther Oettinger und der Bundeskanzlerin“ für den Erhalt der Ausnahmen für die deutsche Industrie kämpfen.

Vor kurzem traf sich Altmaier zudem mit CDU-Generalsekretär Peter Tauber und seinem Nachfolger als Parlamentsgeschäftsführer, Michael Grosse-Brömer, in Charlottenburg abseits des Politikbetriebs zum Abendessen. Die Manager von Kanzleramt, Partei und Fraktion beratschlagten, wie sich die CDU-Politik besser verzahnen lässt.

Ohne Risiko sind der Kurs in die Öffentlichkeit und solche Treffen nicht: Wenn er zu sehr als eigenständiger Fach- oder als Parteipolitiker wahrgenommen wird, sabotiert er sein Regierungsamt. Denn als Chef des Kanzleramts lebt er davon, als ehrlicher Makler zwischen den Koalitionsparteien und Ministerien wahrgenommen zu werden. Von diesem Ruf aus seiner Zeit im Kanzleramt während der vorigen Großen Koalition zehrt Innenminister de Maizière noch heute.

Auch Altmaier ist qua Amt für die SPD-Minister in der Koalition der erste Ansprechpartner. Gabriel hat seine Eckpunkte zur EEG-Reform mit ihm durchgesprochen, bevor er sie öffentlich machte. Und für Andrea Nahles gab es sogar einen Termin beim Italiener in Kreuzberg, Thema: die Rentenreform.

Ende Februar, ein Donnerstagabend, ein Restaurant am Pariser Platz. Altmaier nippt an einem Latte macchiato und redet über den neuen Job. Denken in Strukturen mache ihm Freude, sagt er. Er war Beamter in Brüssel, Parlamentarischer Staatssekretär im Innenministerium, Geschäftsführer der Unionsfraktion und schließlich mit Leib und Seele Umweltminister. Wonach er sucht, ist eine Idee, was er aus seinem Job Bleibendes machen kann. Er denkt über die Digitalisierung nach, schließlich war er es, der die verstaubte CDU das Twittern lehrte.

Auf den Nägeln brennen ihm aber viel akutere Probleme. Nach der Edathy-Affäre stehen sich Union und SPD misstrauisch gegenüber. Altmaiers drängendste Aufgabe ist es daher jetzt, im Regierungsalltag neue Brücken zu bauen. Ihn sorgt, wie Union und SPD bei der Rente mit 63 zusammenkommen sollen. Derzeit rüsten die Fachpolitiker zum Gefecht um Ausnahmeregeln und Stichtage; er ahnt, dass er noch viel Ärger kriegen könnte.

Und erfolgreiche Kanzleramtschefs sind bislang nun einmal nicht wegen öffentlichkeitswirksamer Auftritte in Erinnerung geblieben, sondern weil sie im Hintergrund halfen, den Weg für große Entscheidungen zu bereiten. Frank-Walter Steinmeier zum Beispiel konzipierte Gerhard Schröders Agenda-Politik und wuchs so vom unverzichtbaren Beamten zum Politiker, der er heute ist. Peter Altmaiers Problem besteht darin, dass er beides sein will – gleichzeitig. Peter Müller